

Wahlumfragen in der BRD von Österreich aus betrachtet



Es ist schon einige Zeit vergangen seit hier das letzte Mal auf deutsche Wahlumfragen eingegangen wurde, es gab ja für Österreich wegen der bevorstehenden Wahlen diesbezüglich genug zu tun, **darum hier wieder einmal fünf BRD-Umfragen von Ende Sept. / Anfang Okt. im Durchschnitt im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl von 2017:**

	BTW		
	DS Sept/Okt	24.09.2017	Plus/Minus
CDU/CSU	26,70%	32,90%	-6,20%
SPD	13,60%	20,50%	-6,90%
GRÜNE	23,00%	8,90%	14,10%
FDP	7,60%	10,70%	-3,10%
DIE LINKE	7,60%	9,20%	-1,60%
AfD	14,60%	12,60%	2,00%
Sonstige	6,90%	5,00%	1,90%

Die Grünen haben immer noch ein deutliches Plus aber es ist etwas niedriger als im Sommer. Die AfD hat bei den Landtagswahlen im Osten heuer jeweils mehr als 20 % erreicht und liegt bei den Umfragen in Thüringen (LTW am 27.10.2019) bei 24 % (2014 waren es 10,6 %), insgesamt liegt die AfD mit 14.6 DS-% vor der SPD.

Man sieht die SPD ist immer noch im Kleinparteienbereich, sie hat die höchsten Stimmverluste zu befürchten, die Regierungskoalition hat nur noch 40.3 % statt der 53,4 von 2017. Die Linke zeigt ebenfalls Unfähigkeit, man kann das Versagen der SPD nicht ausgleichen, sondern verliert selber

auch.

Was daran liegt, dass man nicht begreift, dass es in der Politik nicht um die Moral geht, sondern wie es Bert Brecht formuliert hat, ums Fressen, also um die elementaren Lebensinteressen und um Zuwendung und Zugehörigkeit, nicht geht es in der Masse der Bevölkerung um das Gutmenschsein, das ist was für das gehobene und wohlstuierte Bildungsbürgertum, das keine Probleme in elementaren Bereichen hat.

Ein typisches Verhalten dazu lieferte in Österreich zum Beispiel die sozusagen aus höherem Lebenshimmel auf den Vorsitz der SPÖ gefallene Pamela Rendi-Wagner im Wahlkampf. Als ihr aus Parteikreisen zugetragen wurde, dass es für die arbeitende Bevölkerung Probleme mit den steigenden Wohnungskosten gibt, schlug sie vor, Mieten von der Mehrwertsteuer zu befreien, also auf Budgetkosten Almosen zu geben. Eine richtige Antwort wäre es z.B. gewesen, Gewinne von Immobilienkonzernen zu regulieren. Oder den privaten Wohnungsmarkt wieder – wie seinerzeit im roten Wien – durch Gemeindebauten zu konkurrieren, wofür z.B. die seinerzeit abgeschafften Steuern auf Vermögen und große Erbschaften wieder eingeführt werden sollten.

Aber in solchen sozialdemokratischen Bereichen bewegen sich die immer noch "sozialdemokratisch" genannten Parteien nicht, darum hat die SPÖ bei der Wahl 2019 das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte eingefahren und in der BRD ist die SPD auf dem besten Weg, das bei der nächsten BTW-Wahl auch zu schaffen!

Entnommen bei www.atheisten-info.at (Erwin Peterseil).